

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt: Rieser, Dresden  
Bismarckstr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1889  
Cirkular Nr. 32.

Nr. 290.

Dienstag, 13. Dezember 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Abgehende für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (7 Silben) 2.— Mark, Ortspreis 1.75 Mark; getraubener und tabellarischer Satz 30%, Aufschlag, Nachweissungs- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. Keine Taxe. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlags oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sühnel, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Donnerstag, den 15. 12. 21, vormittags 9 Uhr findet im Seeresversteigerungsamt Dresden — früher Proviantamt — Verbindung der Fleisch- und Wurstlieferung für den Standort Zeitheim auf die Zeit vom 1. 1. b. m. 31. 3. 22 statt. Lieferungsbedingungen und Angebotsformulare können daselbst eingesehen bzw. empfangen werden.  
Seeresversteigerungsamt Dresden.

## Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Rieser Tageblattes werden bis spätestens früh 10 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Rieser Tageblattes, Goethestr. 59.

### Die Aussprache der Wirtschaftsminister.

Die Wirtschaftsminister des Reichs und der Länder hatten gestern in Darmstadt im Sitzungssaal der Volkskammer eine Aussprache. Staatspräsident Ulrich begrüßte die Versammelten im Namen der Reichsregierung. Nach einleitenden Worten des Reichswirtschaftsministers Schmidt legten die Ministerpräsidenten Dr. Krenn, Dr. Schlegel und Freiherr von Dittmar in längeren Reden die gegenwärtige Wirtschaftslage, die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen und die bestehenden Absichten dar. Im einzelnen wurde ausgeführt, angefaßt der großen Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des bisherigen Systems der Einfuhrkontrolle ergeben haben, müsse ernstlich erwogen werden, wie im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit eine weitere Einfuhrbeschränkung hauptsächlich im Wege der Zollpolitik durchgeführt werden könne.

Eine weitere Maßnahme aus Tarifrücktritt befaßt: In dem Bericht der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums wurde weiter ausgeführt, die Entwertung der deutschen Valuta habe energische Maßnahmen zur Verhinderung des sogenannten Ausverkaufs Deutschlands notwendig gemacht. Insbesondere seien Maßnahmen zu einer verstärkten Durchführung der Ausfuhrkontrolle ergriffen worden. Die Beteiligung des Reiches an den Verhandlungen des Ausfuhrgeschäfts durch eine allgemeine Ausfuhrbeschränkung sei beabsichtigt. Um die schädlichen Rückwirkungen der Geldentwertung auf die Binnenwirtschaft zu mildern, müsse auf eine Steigerung der Produktion und eine Verminderung des übermäßigen Verbrauchs hingewirkt werden. Die Auswüchse in der Preisgestaltung würden durch strenge Handhabung der bereits bestehenden Bestimmungen bekämpft. Für die Beobachtung der Preisbildung seien die Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, deren Mitglieder besonders auch aus der minder kaufkräftigen Bevölkerung zu entnehmen seien. Die Behinderung der Arbeitsmöglichkeit auf vielen Gebieten sei durch unsere bedrückte Rohstofflage verursacht. Alle diese Schwierigkeiten könnten nur beseitigt werden, wenn im Steinholzenbergbau wieder Heberhöhenverfahren würden. — Die allgemeine Aussprache, die sich an den Bericht des Reichswirtschaftsministeriums schloß, führte zu erfreulicher Heberhöhenvereinbarung über die schwebenden wirtschaftlichen Fragen. Es wurde allgemein ausgesprochen, daß vor einer Lösung der Reparationsfrage der Boden für eine gedeihliche Wirtschaftspolitik nicht vorhanden sei.

### Die Kartoffelversorgung.

Der preussische Staatskommissar für Volksernährung hat eine Kundverteilung an die Oberpräsidenten gerichtet, in der neben der Bekämpfung des wilden Handels mit Kartoffeln durch die inwärtigen angeordnete Konfiskation des Handels als weitere Abhilfemaßnahme die Bildung eines Ausschusses zur Ermittlung der Kartoffelpreise für jede Provinz angeordnet wird, der aus Vertretern der Landwirtschaft des Kartoffelhandels, der Genossenschaften und der Verbraucher bestehen soll. Die von den Ausschüssen ermittelten Preise sollen der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden als allgemeine Richtlinien für ihr Vorgehen bei der Bekämpfung der wucherischen Preisforderungen dienen.

### Die Reparationsfrage.

Gestern wurde unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in der Reichskanzlei die Reparationsfrage besprochen. An der Besprechung nahmen die Minister und die Vertreter der beteiligten Ressorts teil. Dr. Rathenau berichtete in dieser Sitzung über die von ihm in London geführten Verhandlungen. Die Besprechung war streng vertraulich, sie soll heute vormittag fortgesetzt werden. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge liegt kein Grund vor, die Londoner Verhandlungen Dr. Rathenau als ergebnislos zu bezeichnen.

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats tritt heute vormittag zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Wie der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge verlautet, wird der Reichskanzler dieser Sitzung beizuwohnen; es steht aber noch nicht fest, ob er in ihr das Wort ergreifen wird. Eine Sitzung der vom Reichskanzler berufenen Kreditkommission ist bisher noch nicht angelegt.

Die Antwort der Bank von England auf die Anfrage der Reichsregierung, ob die Bank gewillt sei, Deutschland einen Kredit zuzusichern, ist jetzt eingetroffen. Ueber die Art der Antwort verlautet nichts.

### Belgien gegen ein Moratorium.

Wie der „Temps“ von seinem Brüsseler Korrespondenten erzählt, hat der Minister Bonheur gestern vormittag in Brüssel eine zweistündige Unterredung mit dem belgischen Finanzminister Theunis und dem Minister des Reichens Jambor gehabt, in der er sie von dem Inhalt seiner Unterredungen in London mit Lloyd George und Sir Albert Horn in Kenntnis setzte. Die belgische Regierung ist nach dem Korrespondenten der Ansicht, daß Deutschland unter keinem Vorwande ein Moratorium gewährt werden könne. Auf die Erklärungen von Theunis (daß er bereit sei, ihre bisherigen Einwendungen gegen das belgische Abkommen und die Nichtratifizierung des Abkommens vom 13. August durch Frankreich fallen zu lassen. Der von Lloyd George betriebene wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellungsplan werde dem Korrespondenten zufolge in offiziellen Kreisen in Brüssel mit einem gewissen Stillsitzen aufgenommen.

### Aus der französischen Kammer.

Im Verlaufe der Debatte in der französischen Kammer über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten schnitt Abg. Marcel Sembat die Frage der Washingtoner Konferenz, sowie die Frage der Entschärfung zu Lande an. Ministerpräsident Briand antwortete, seine Aufgabe in Washington sei gewesen, die Vereinigten Staaten aufzuklären und ihnen die Lage Frankreichs darzulegen. In Washington seien Resultate von internationaler Bedeutung erzielt worden. Mit Bestimmtheit sehe er, daß Frankreich in die Entente mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan eintreten könne, um den Frieden im Stillen Ozean aufrecht zu erhalten. Andere Vessere habe in der Kammer Tatsachen vorgebracht, die der deutsche Reichskanzler bestritten habe. Diese Ablehnung hindere nicht, daß in Deutschland Verheimlichungen vorgenommen seien. Solange Deutschland böse Absichten kundgibt, sei es die Pflicht Frankreichs, zu wachen. Schließlich erklärte der Berichterstatter Abg. Klobmair, wenn der Völkerverbund der Ansicht sei, daß Deutschland in genügender Weise seinen Willen kundgegeben habe, die Friedensbedingungen zu erfüllen, dann werde er vielleicht seine Zustimmung anempfehlen und dann würden die Regierungen entscheiden. Was die Entschärfung anbetreffe, so könne man sich erst dann darüber aussprechen, wenn Deutschland genügend Beweise seines guten Willens gegeben habe.

### Der Jagow-Prozess.

Als die Verhandlungen gestern um 9 Uhr vormittags eröffnet wurden, ergab der Zeugenaufruf die Anwesenheit von fünfzehn Zeugen, unter denen sich Generalmajor von Hüllen, Generalleutnant von Oden befanden. An erster Stelle wird der kaiserliche Oberfinanzrat Bang vernommen, der nicht vereidigt wird, weil ein Verfahren gegen ihn geschwebt hat, das auf Grund der Anklage aber eingeleitet wurde. Der Zeuge erklärt, er wisse nichts, was die Angeklagten betrafen könnte. Wenn er etwas wüßte, würde er es nicht sagen, was wohl jeder anständige Mensch an seiner Stelle auch tun würde. Im September oder Oktober 1919 hat Rapp den Zeugen Bang in Berlin zu sich, um mit ihm über finanzpolitische und technische Dinge zu sprechen. Rapp fragte ihn, ob er bei einem Regierungswechsel in das Kabinett eintreten würde. Der Zeuge erwiderte, in eine Regierung mit Roste bräute ihn kein Werk, in eine nationale Regierung aber würde er eintreten. In den Vorbereitungen zur Durchführung der Rapp'schen Pläne habe er sich nicht beteiligt. Rapp habe sich dann bis zum Aufbruch nicht wieder bei ihm gemeldet. Im September 1919 hat der Zeuge auch Schömler kennen gelernt, dessen Schicksal er als eine Karikaturform bezeichnet. Am Abend des 12. März 1920 kam Rapp zu dem Zeugen und sprach mit ihm über den geplanten Umsturz. Bang nahm an, daß der Umsturz im ganzen Reich vorbereitet sei und auch eintreten werde. Rapp hat dem Zeugen das Reichsfinanzministerium angeboten, da Erzberger entlassen sei. Der Zeuge erklärt weiter, daß Rapp überhaupt keine Herren zur Verfügung gehabt habe, die in die Regierung eintreten wollten. Das war, sagt er, überhaupt keine neue Regierung, sondern eine Schwabhubde. Die sogenannten Kabinettskandidaturen waren ein Lohwunder. Es herrschte vollkommene Direktionslosigkeit. Was Rapp, v. Jagow und Schiele getan haben, weiß ich nicht. Ich habe vergebens darauf gewartet, daß etwas geschehen sollte. Am Abend teilte ich Rapp mit, daß ich seinem Wunsche nicht entsprechen könne. Ich sagte ihm ins Gesicht, daß er einen ganzen Tag verschwagt, aber nicht regiert habe. Er erklärte, es sei beschlossen worden, mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu treten. Darauf antwortete ich ihm: Damit haben sie ihre Sache den Todesstoß verleiht! — Rapp meinte, ich sollte eingreifen. Aber die trostlose Art der Vorbereitung und die jämmerliche Ausführung des ganzen Planes veranlaßte mich zur Ablehnung. Am Sonntag habe der Zeuge sich um das ganze Unternehmen nicht mehr gekümmert. Am späten Abend wurde er nach der Reichskanzlei gerufen, wo er Jagow und Bauer traf. Letzterer suchte den Zeugen zu einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu bewegen. Mit der Arbeiterkammer wollte er wohl zusammenarbeiten, aber nicht mit der Sozialdemokratie, und auf keinen Fall in einem so unvorbereiteten Unternehmen. Der Zeuge brachte dies auch Rapp gegenüber zum Ausdruck. Dieser drängte dem Zeugen aber in Gegenwart vieler dem Zeugen unbekannter Herren, das ihm angetragene Amt anzunehmen und versprach ihm dabei, seinen Wünschen Rechnung zu tragen. Hier griff Schiele ein und sagte zu Rapp: „Wie können sie solche Versprechungen machen, da wir doch wegen der Gefahr im Ruhrgebiet die Sozialdemokratie brauchen.“ Der Zeuge hielt daraufhin Rapp vor, daß er ihm auf Grund unrichtiger Angaben veranlaßt habe, nach der Reichskanzlei zu kommen. Rapp erwiderte, nicht er sei daran schuld, sondern Lüttich mit seinem blödsinnigen Ultimatum. Ich schrieb dann dem bei mir befindlichen Brief an Oberst Bauer. (Der Brief wird verlesen). Es läßt auf, daß der Zeuge darin sagte, er bedauere, ein Reflex nicht wieder übernehmen zu können. Der Zeuge bemerkt dazu: Ich mußte selbstverständlich, daß ich nicht Reichsfinanzminister war. Eine Befragung habe ich nie erhalten.

Auf Antrag des Oberreichsanwalts wird der eine Verteidiger Schiele, Dr. Martin aus Halle, als Zeuge vernommen, nachdem er die Verteidigung Schiele niedergelegt hat. Er macht Mitteilungen über seine Besprechungen zum

Zeugen Bang und einen Brief, den dieser an ihn (Dr. Martin) geschrieben habe.

Generalleutnant von Giffen (unvereidigt): Ich leitete vor dem 13. März die Reichswehrbrigade in Potsdam. Mit der Brigade Ehrhardt hatte ich keine Verbindung. Lüttich erzählte mir von seinem Vorhaben und ich versuchte ihn davon abzubringen. Am 12. März erfuhr ich von Oberst Bod, daß die Garnisonen Berlin, Spandau, Potsdam, Döberitz etc. von Roste alarmiert seien. — Präzident: Der Befehl soll auch der Marinebrigade 11, die unter Ehrhardt stand, übermittelt worden sein, obwohl der Alarm sich gegen sie richtete. Zeuge: Es sind noch andere humoristische Sachen vorgekommen. Am Abend des 12. März beschloß ich, den Potsdamer Bahnhof in Berlin und den Bahnhof in Potsdam zu besetzen und ordnete an, daß von niemandem als mir Befehle entgegenzunehmen seien. Da die Regierung fort war, kam es darauf an, im Interesse des Vaterlandes zu handeln. Es sollte namentlich Blutvergießen verhindert werden. Lüttich übertrug am 13. März auf vertretungsweise das Befehlskommando und ich gab den unterstehenden Garnisonen entsprechende Anweisungen. Oberreichsanwalt: Am Abend des 11. März, als Sie in Döberitz waren, hatten Sie da den Eindruck, daß Lüttich marschieren werde? — Zeuge: Den Eindruck hatte ich allerdings. — Oberreichsanwalt: Warum haben Sie das nicht an den Minister Roste berichtet? — Zeuge: Trotha war doch auch eingeschickt worden, und ich mußte annehmen, daß Roste durch ihn schon alles erfahren habe. Herr v. Trotha begegnete ich im Lager Döberitz. — Oberreichsanwalt: Er fand doch alles in Ordnung? — Zeuge: Ihm als Seemann scheint das militärische Auge gefehlt zu haben. — Oberreichsanwalt: Sie haben sich am 13. März Herrn v. Lüttich unterstellt, obwohl Sie wußten, daß er zwangsweise beurlaubt war. — Zeuge: Wer beurlaubt ist, kann sofort zurückkommen und den Befehl wieder übernehmen.

Zeuge General v. Oden: Ich übernahm die Vertretung Lüttichs für die Zeit seiner Beurlaubung. — Präzident: Wäre es militärisch denkbar, daß Lüttich jederzeit den Befehl wieder übernehmen könnte? — Zeuge: Nein, er war beurlaubt. Der Alarmbefehl kam am 13. März. Am Abend kam Oberst Reinhardt zu mir und sagte, die Brigade Ehrhardt werde nach Berlin marschieren. Ich hielt das nur für ein Gerücht, fuhr aber doch mit General v. Odenhausen nach Döberitz hinaus und verhandelte mit Ehrhardt. Er erklärte, er habe den Befehl zum Marschieren erhalten und werde marschieren. Schließlich hatte er sich jedoch bereit erklärt, unterwegs zu warten. Wir fuhren zurück und machten Roste Mitteilung. Das war nachts gegen 8 Uhr im Reichswehrministerium. Roste erklärte kurz: Er verhandle mit Reutersen nicht und verlangte, daß die Berliner Truppen gegen Ehrhardt vorgehen. Ich erwiderte, unsere Truppen seien zu schwach dazu, und es werde ein allgemeiner Kampf in Berlin entbrennen. Meine Truppe war ganz kurz vorher stark vermindert worden. Die Truppe Ehrhardt war von ganz hervorragender Eigenschaft. Mit ein paar Maschinengewehren an der Spandauer Brücke hätte man dieser Truppe in keiner Weise Halt gebieten können. Schließlich wurden doch die zur Sicherung des Staatsgebäudes aufgestellten Truppen zurückgezogen und ich hörte, die Regierung habe sich aus Berlin entfernt. Bei einer sogenannten Kabinettskammer, wo aber alles durcheinander ging, war ich kurze Zeit anwesend. — Die Zeugen v. Hüllen und v. Bod bleiben unvereidigt.

Reichspostminister a. D. Schiffer: Der Zeuge schlug vor, die große Mehrheit der Regierung solle Berlin verlassen. Er selbst wolle als Vertreter des Reichskanzlers in Berlin bleiben und leben, was zu tun sei. So wurde dann auch beschlossen. Morgens ging er dann wieder in die Reichskanzlei, wo Rapp auch bald darauf eintraf. Mit Staatssekretär Albert ging er zu Rapp, bei dem Jagow und Falkenhäuser und andere sich befanden. Rapp fragte mich, sagte der Zeuge, ob ich die Konsequenzen aus den Ereignissen ziehen wolle. Ich erklärte, er habe kein Recht zu seinem Vorgehen, aber wie stünden die Verhältnisse zum Widerstand nicht zur Verfügung. Jagow mischte sich ein und sagte mit einer mißachtenden Handbewegung: Wie kann man nach den Novembertagen in diesem Hause von Recht sprechen? Ich ging fort und trat in meinem Ministerium zwei Offiziere, die mich verhaften wollten. Ich wurde veranlaßt, das Haus mit zu verlassen. Mein Ehrenwort zu geben, habe ich abgelehnt. In einer Sitzung der Staatssekretäre wurde vorgeschlagen, Rapp von der Ausschließlichkeit seines Unternehmens zu überzeugen. Am 16. ging der Zeuge in den Reichstag, um sich nach dem Erfolg der Vorstellungen der Staatssekretäre bei Lüttich zu erkundigen. Im Parlament hatte sich eine große Anzahl von Ministern und Abgeordneten eingefunden.

Es wurde bereits davon gesprochen, daß der Rücktritt Rapps erfolgt sei, was jedoch nicht zutreffend war. Oberst Bauer wollte mit dem Zeugen verhandeln. Er lebte aber ab. Der Zeuge besprach mit ihm die bekannten politischen Forderungen des Generals v. Lüttich. Am nächsten Morgen erschienen v. Oden, Bauer und Ehrhardt bei dem Zeugen. Als Nachfolger Lüttich wurde v. Oden vorgeschlagen. Ehrhardt sagte, er lehne eine Annettie ab, da er kein Verbrechen begangen habe. Inzwischen kam ein Offizier und meldete, daß Lüttich Bedenken habe, sich auf den Boden der von uns geplanten Vorschläge zu stellen. Der Zeuge erklärte hierauf, er halte sich von nun an an nichts mehr gebunden, was er zu tun versprochen habe.

Staatssekretär a. D. Freiherr v. Falkenhäuser (ein gegen ihn eingeleitetes Verfahren ist eingeleitet worden, 21